



**G e s c h ä f t s b e r i c h t
und
L a g e b e r i c h t**

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluss 2010

Inhaltsverzeichnis

- 1. Vorwort**
- 2. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
- 3. Die Vertreterversammlung**
- 4. Der Aufsichtsausschuss**
- 5. Der Verwaltungsausschuss**
- 6. Personalbestand**
- 7. Mitgliederbewegung**
- 8. Vermögensanlagen**
- 9. Versicherungsmathematik und Satzung**
- 10. Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement**
- 11. Ausblick**

Anlagen

- Bilanz per 31.12.2010**
- Anhang zur Bilanz**
- Gewinn- und Verlustrechnung 2010**

1. Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Jahr 2010 - etwas Besonderes?

Mit dem 31.12.2010 endete der erste Drei-Jahres-Turnus für die Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens nach der neuen ab dem 01.01.2008 gültigen Satzung. Sie erinnern sich noch an die Umbrüche zum Jahreswechsel 07/08, die die neue Satzungs-systematik mit sich brachte?

Die neue Satzung war auf Grund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes und der Forderung nach Gleichheit der teilnehmenden Länder sowie nach Transparenz der zukünftig einheitlichen Satzung der verschiedenen Jahrgänge erforderlich. Darum wurde auch zum 31.12.2007 satzungstechnisch ein Schnitt gemacht. Die bis dahin erworbenen Anwartschaften wurden festgeschrieben, nehmen an Dynamisierungen weiter teil und behalten den bisherigen Rechnungszins.

Von Seiten der Aufsicht werden jährlich neue und höhere Forderungen nach Risikobewertungen und Reservebildung an uns herangetragen, von denen wir viele in unseren Kalkulationen bereits berücksichtigt hatten. In den Forderungen schlagen sich die Schlussfolgerungen aus den weltweiten Schwierigkeiten der Krise im Bankensektor und der Versicherungswirtschaft der Jahre 2007 bis 2009 nieder. Wirklich nur bis 2009?

Die Sorgen um die Zahlungsfähigkeit der „PIIGS-Staaten“ dominieren nicht nur diese Jahre, sondern halten weit über 2010 hinaus an, wie gerade erst in Griechenland zu erleben. Und mit dieser Insolvenzproblematik einher gehen massive Sorgen um die Zahlungsfähigkeit der USA. Fachleute sind sich nicht sicher, welches der Probleme das Größere ist. Wie reagieren die Staaten? Ein bisschen mehr in der vorgeschobenen Kerninflation versteckte Schulden(Geld-)entwertung möglichst ohne Zinssteigerungen, Quersubventionierungen der EURO-Staaten in besorgniserregender Höhe, Aufkauf von Staatsanleihen durch die Zentralbanken.

Als Antwort auf die Probleme der Staatsanleihen gilt die Flucht in die Sachwerte. Immobilien, Aktien, Private Equity, nachhaltige Infrastruktur, - aber in inflationsschützendem Umfang, in Bezug auf unsere Kapitalanlagen unvereinbar mit den zu beachtenden Anlagevorschriften und den hierauf basierenden Modellen der Risikobewertung.

Ein wichtiges Projekt konnte abgeschlossen werden. Die bisher direkt gehaltenen Immobilien und weitere indirekte Immobilieninvestments wurden in einen Masterfonds überführt, welcher von einer professionellen Kapitalanlagegesellschaft gemanagt wird. In unserem Büro in Wilmersdorf sind wir jetzt zwar Mieter, das VZB besitzt aber alle Anteile an dem Fonds.

Aber noch einmal zurück zu unserer Satzung. Darin ist geregelt, dass zuerst die Beiträge mit dem Rechnungszins 3 % vorrangig dynamisiert werden, wenn die vorgeschriebene Reservebildung es zulässt. Auf Basis des versicherungsmathematischen Gutachtens per 31.12.2010 schlagen wir der Vertreterversammlung im November 2011 vor, die Verrentung der seit 2008 gezahlten Beiträge um jeweils ein Prozent (für 2008 bis 2010 somit faktisch 3%) zu dynamisieren, womit auch diese Beiträge de facto mit 4% verzinst werden.

2. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz, zuletzt geändert durch das Elfte Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 17.03.2010 (GVBl. für Berlin, S. 135), und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.01.2008 die Neufassung der Satzung vom 12.12.2007 in der zum 01.01.2011 geänderten Fassung.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluss der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 23.03.2007 erneuert.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten. Da die Tierärztekammer Berlin sich nach der deutschen Wiedervereinigung für neue Mitglieder an die Tierärzteversorgung Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen hat, wurde mit Einführung der Teilrechtsfähigkeit klargestellt, dass die Tierärztekammer Berlin keine beteiligte Kammer mehr ist. Die laufenden Mitgliedschaftsverhältnisse sind davon nicht betroffen.

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landeszahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 24.03.2007 erneuert.

Die jeweilige Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 19.06.2006 (GVBl. für Berlin, S. 570) wurde die so genannte Teilrechtsfähigkeit für berufsständische Versorgungswerke eingeführt. Somit waren die Regelungen der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes in Form der Teilrechtsfähigkeit umzusetzen.

Die konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung der 1. Amtsperiode fand am 12.05.2007 statt, nachdem im Vorfeld die drei beteiligten Zahnärztekammern Berlin, Brandenburg und Bremen über ihre Delegiertenversammlungen die notwendigen Anschlusssatzungen beschlossen hatten und damit die Grundlage der weiteren Zusammenarbeit im Versorgungswerk geschaffen hatten.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen.

3. Die Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung ist satzungsgemäß das oberste Organ des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Der Vertreterversammlung gehörten im Berichtszeitraum an:

Vertreter Berlin:	Dr. Peter E. Gutsche, bis 10.11.2010
	Andreas Müller-Reichenwallner, ab 11.11.2010
	Karsten Geist
	Dr. Wolfgang Schmiedel
	Dr. Anastassios Fotiadis
	Dr. Arnt Gerstenberger
	Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan
	Olaf Cornehlens
	Dr. Heinrich Schleithoff, bis 05.11.2010
	Gerhard Gneist, ab 08.11.2010
Vertreter Brandenburg:	Jürgen Herbert
	Dr. Eberhard Steglich
	Dr. Ute Jödecke
Vertreter Bremen:	Dr. Brita Petersen, bis 31.12.2009
	Dr. Wolfgang Menke, ab 22.01.2010.

Am 12.01.2010 trat Frau Dr. Brita Petersen als Bremer Mitglied der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin mit Wirkung zum 31.12.2009 zurück. Satzungs- gemäß wurde durch die Zahnärztekammer Bremen am 22.01.2010 Herr Dr. Wolfgang Menke als neues Bremer Mitglied der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin benannt.

Weiterhin sind am 05.11.2010 Herr Dr. Heinrich Schleithoff und am 10.11.2010 Herr Dr. Peter E. Gutsche als Berliner Mitglieder der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin jeweils mit sofortiger Wirkung von ihrem Amt zurückgetreten. Gemäß der Wahl- ordnung zur Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärz- tekammer Berlin sind am 08.11.2010 Herr Gerhard Gneist und am 11.11.2010 Herr Andreas Mül- ler-Reichenwallner als Vertreter in die Vertreterversammlung nachgerückt.

Die Zusammensetzung der Vertreterversammlung hat sich nach Ende des Berichtszeitraumes geändert. Am 17.02.2011 haben die Wahlen der Berliner Vertreter zur Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin für die zweite Amtsperiode stattgefunden. Die Landeszahnärztekammer Brandenburg und die Zahnärztekammer Bremen haben ihre Vertreter zur Vertreterversammlung im Vorfeld satzungsgemäß benannt.

Die Vertreterversammlung konstituierte sich in ihrer Sitzung am 07.05.2011 und setzt sich wie folgt zusammen:

Vertreter Berlin:	Olaf Cornehlens
	Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan
	Karsten Geist
	Dr. Peter E. Gutsche
	Winnetou Kampmann
	Dr. Wolfgang Kopp
	Dr. Wolfgang Schmiedel
	Dr. Lutz-Stephan Weiß
Vertreter Brandenburg:	Jürgen Herbert
	Dr. Ute Jödecke
	Dr. Eberhard Steglich
Vertreter Bremen:	Dr. Wolfgang Menke.

4. Der Aufsichtsausschuss

Dem Aufsichtsausschuss gehörten im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender:	Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Jörg Meyer, Berlin
Beisitzer:	Dr. Jürgen Gromball, Berlin
	Dr. Eberhard Schütte, Berlin
	Rolf Weggen, Bremen
	Dr. Franz Josef Cwiertnia, Berlin.

Der Aufsichtsausschuss ist satzungsgemäß die Widerspruchsinstanz des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Des Weiteren obliegt dem Aufsichtsausschuss gemäß § 4 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin die Bestimmung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss und den Lagebericht und im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuss die Beschlussfassung über die Bestellung der oder des mathematischen Sachverständigen.

Für die Prüfung der Kalenderjahre 2009 bis 2011 bestimmte der Aufsichtsausschuss, nach Durchführung eines entsprechenden Auswahlprozesses, am 20.01.2010 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RölfsPartner, Düsseldorf.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsausschusses hat sich nach dem Ende des Berichtszeitraumes geändert. Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 07.05.2011 wählte die Vertreterversammlung den Aufsichtsausschuss wie folgt neu:

Vorsitzender:	Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Jörg Meyer, Berlin
Beisitzer:	Dr. Jürgen Gromball, Berlin
	Dr. Eberhard Schütte, Berlin
	Dr. Franz Josef Cwiertnia, Berlin
	Dr. Gunnar Hoops, Bremen.

5. Der Verwaltungsausschuss

Dem Verwaltungsausschuss gehörten im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
Beisitzer:	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Winnetou Kampmann, Berlin
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weßlau, Brandenburg, bis 23.11.2010
	Dr. Michael-Wolfgang Geuther, Brandenburg, ab 27. 11.2010.

Am 23.11.2010 trat Herr Dr. Dirk Weßlau als Brandenburger Mitglied des Verwaltungsausschusses mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurück. Die Vertreterversammlung wählte am 27.11.2010 Herrn Dr. Michael-Wolfgang Geuther, Brandenburg, als Nachfolger in das Amt des Verwaltungsausschusses.

Nach dem Ende des Berichtszeitraumes hat sich die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses geändert. Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 07.05.2011 wählte die Vertreterversammlung den Verwaltungsausschuss wie folgt neu:

Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
Beisitzer:	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Markus Roggensack, Berlin
	Dr. Michael Wolfgang Geuther, Brandenburg
	Rolf Weggen, Bremen.

Zum mathematischen Sachverständigen ist seit Juni 2007 bestellt:

Dipl.-Mathematiker Dr. Andreas Jurk,
Longial GmbH, Düsseldorf.

Der Verwaltungsausschuss bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

6. Personalbestand

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann, gem. § 6 der Satzung geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes bis zum 31.12.2010 dar:

Abteilung / Bereich	Mitarbeiter per 31.12.2006	Mitarbeiter per 31.12.2007	Mitarbeiter per 31.12.2008	Mitarbeiter per 31.12.2009	Mitarbeiter per 31.12.2010
Sekretariat/ Personal- verwaltung/ Berichts- wesen	2	2	2	2	2
Wertpapierverwaltung	1	1	1	2	1
EDV/Informatik	1	1	1	1	1
Versicherungsmathe- matik	1	1	1	1	1
Mitgliederverwaltung	6	7	6	8	7
Finanzbuchhaltung	3	3	3	3	4
Immobilienverwaltung	7	7	4	0	0
Allgemeine Bearbei- tung, Technik	2	2	2	2	2
Gesamt	23	24	20	19	19

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung und Finanzbuchhaltung werden durch Abteilungsleiterinnen geführt. Die Abteilung Immobilienverwaltung wurde im Rahmen der Umstrukturierung reduziert und im Kalenderjahr 2009 mit Vergabe einer Fremdverwaltung und geplanter Überführung der Objekte in ein indirektes Investment aufgelöst.

Die Abteilungsleiterinnen führen die Abteilungen mit Umsetzung des Vieraugenprinzips in enger Zusammenarbeit mit dem Direktor, so dass der reibungslose Ablauf innerhalb der Abteilungen mit einer größtmöglichen Kompetenz gesichert wird.

Nach dem Ende des Berichtszeitraumes hat sich der Personalbestand aufgrund der Befristung einer Personalstelle in der Abteilung Finanzbuchhaltung auf 18 Mitarbeiter verringert.

Der auch Gemeinkostenstellen berücksichtigende Verwaltungskostensatz erhöhte sich auf Grund des rechnerischen Wegfalls von Anteilen der Kapitalanlageverwaltung (Immobilienverwaltung) von 1,90 % im Vorjahr auf 2,01 % im Berichtsjahr.

7. Mitgliederbewegung

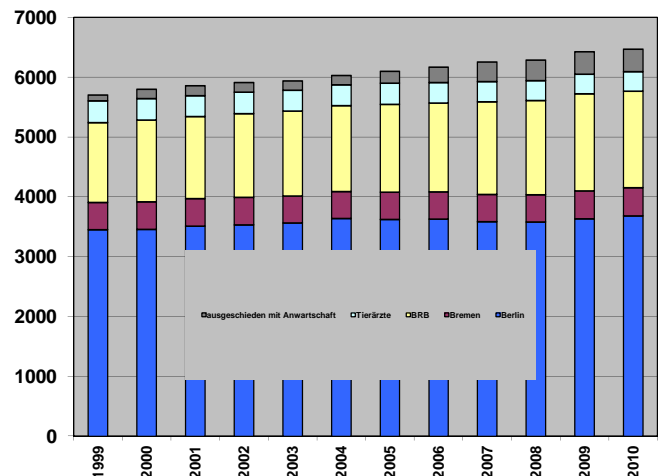
Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2010 wie folgt:

	31.12.2009	Zugang	Abgang	31.12.2010
Zahnärzte Berlin	3636	223	172	3687
Zahnärzte Bremen	467	35	25	477
Zahnärzte Brandenburg	1624	73	64	1633
Tierärzte Berlin	325	0	8	317
Ausgeschieden mit Anwartschaft	376	55	12	419
Aktive Mitglieder gesamt	6428	386	281	6533
Altersrenten	775	111	19	867
BU-Renten	128	8	15	121
Witwen-/Witwerrenten	180	23	4	199
Halbwaisenrenten	57	10	12	55
Vollwaisenrenten	1	0	0	1
Rentenempfänger gesamt	1141	152	50	1243
Gesamt	7569	538	331	7776

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 207, die Zahl der Rentner um 102 gestiegen. Damit liegt das VZB in den erwarteten und insbesondere versicherungsmathematischen Entwicklungen und Annahmen sowohl im Bereich der aktiven Mitglieder als auch im Bereich der neu einzuweisenden Renten.

Das Beitragsvolumen des Berichtsjahres beläuft sich auf 50,476 Mio. €. Das Beitragsvolumen entspricht in der Entwicklung dem aktuellen Satzungsstand nach der zum 01.01.2008 erfolgten Umstellung des Beitragssystems für die selbständig tätigen Mitglieder. Zu berücksichtigen ist, dass das VZB seit der Satzungsumstellung und auch im Vorjahr im Rahmen der Einführung der notwendigen Software manuell gemahnt hat. Im Kalenderjahr 2010 wurde wieder mit den automatisierten Mahnläufen begonnen.

Mitgliederentwicklung - Aktive



8. Vermögensanlagen

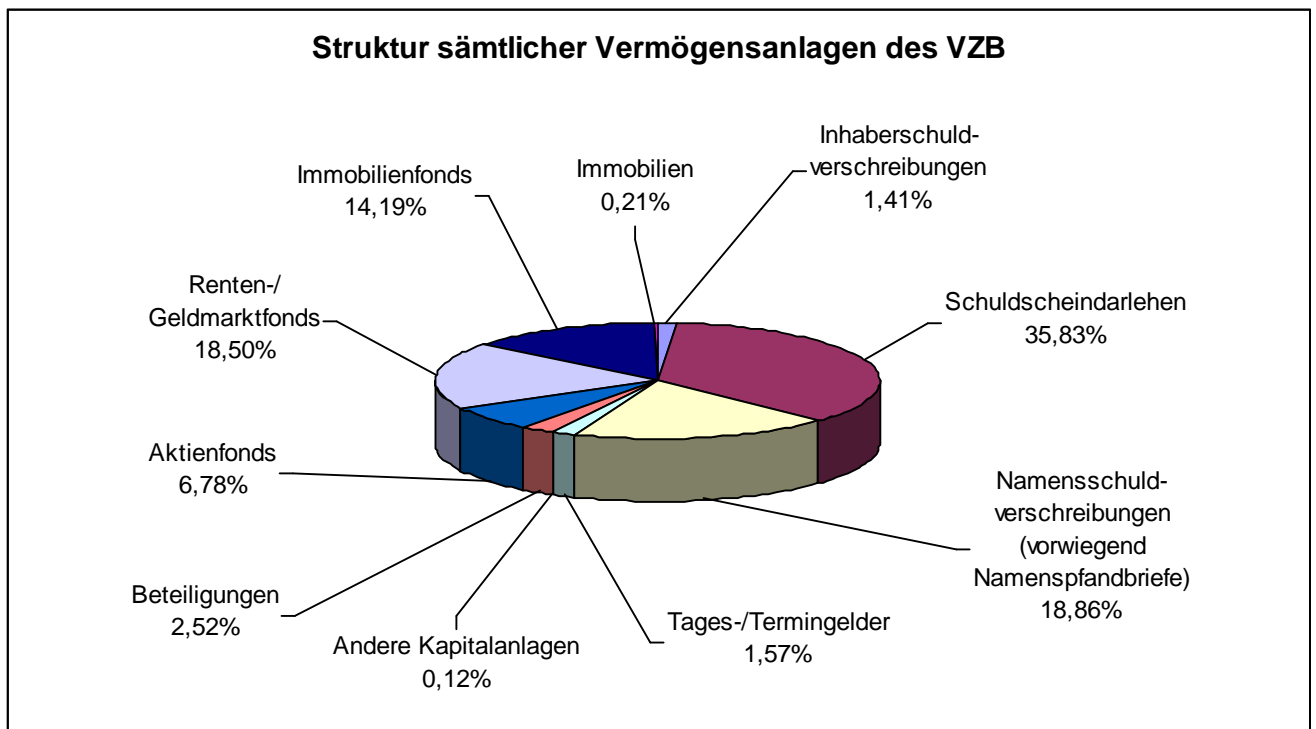
Im Berichtsjahr blieb es schwierig, bei einem vorhandenen Zinsniveau unterhalb des Rechnungszinses, den Grundstock der Vermögensanlagen des VZB, der die Erwirtschaftung des Rechnungszinses dauerhaft gewährleisten soll, weiter auszubauen. Darüber hinaus ist den Kriterien der Mischung und Streuung, insbesondere auch im Hinblick auf Emittentenrisiken, wie sie in der Vergangenheit so nicht vorhanden waren, noch stärkere Bedeutung zuzumessen als bisher. Die Thematik von steigenden Risiken in europäischen Staatsanleihen war in der Vergangenheit so nicht präsent.

So erfolgte die Anlage der liquiden Mittel im weiteren Verlauf der Zinssenkungsmaßnahmen entsprechend dem Vorjahr in sogenannten „absolute return“ Fonds, deren Ziel es ist, durch ein inter-

nes risikoadjustiertes Investment wenigstens den vom VZB benötigten Rechnungszins zu erzielen. Hierbei sind vielfältige Modelle am Markt vorhanden, bei denen durch die Investition von kleineren Volumina seitens des VZB auf zusätzliche Risikostreuung geachtet wird. Die hieraus kalkulierte Verringerung der Korrelation von Kapitalanlagen soll im Rahmen einer turnusmäßigen Asset Liability Studie durch ein namhaftes Consultingbüro im Kalenderjahr 2011 überprüft, die strategische Ausrichtung der Kapitalanlagen dann ggf. wieder neu justiert werden.

Die Quote der zum Grundstock der Vermögensanlagen zählenden Kapitalanlagen, wie Schuld-scheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen des VZB verringerte sich im Laufe des Berichtsjahres, aufgrund fehlender Anlagemöglichkeiten unter Wahrung des Rechnungszinses, von 62,15 % per 31.12.2009 auf 56,10 % per 31.12.2010.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Struktur sämtlicher Vermögensanlagen des VZB auf Buchwert-basis zum 31.12.2010.

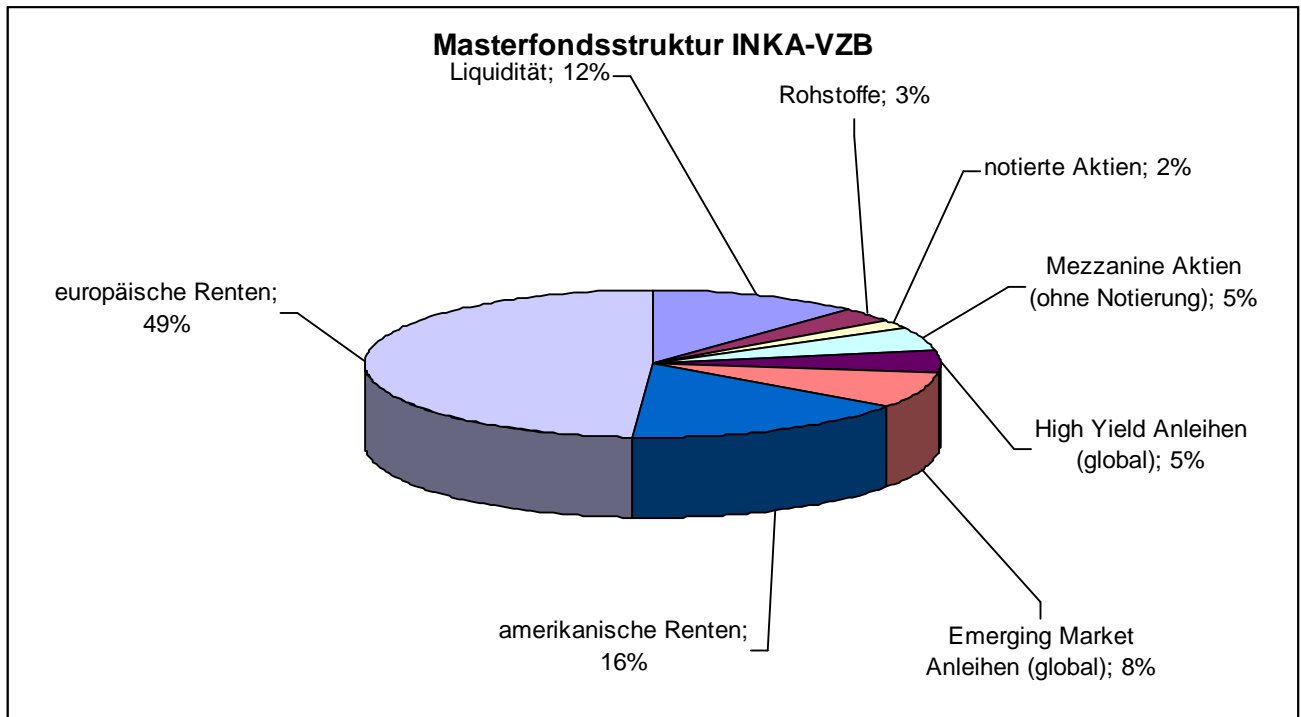


Das Anlagevolumen der in Fonds über Spezial- und Publikumsfondsmandate gehaltenen Investments veränderte sich im Berichtsjahr von 15,73 % auf 39,47 % des Vermögensbestandes. Das kommt zum einen durch die Einbringung fast aller Immobilien in den Immobilien-Masterfonds und zum anderen durch weitere Investments in „absolute return“ Fonds zur weiteren Diversifikation des Anlagevermögens.

Das Vermögen des Masterfonds, der von der Internationalen Kapitalanlagegesellschaft mbH (INKA) verwaltet wird, war – soweit man die einzelnen Spezial- und Publikumsfondsmandate bestimmten Assetklassen zuordnet – per 31.12.2010 wie nachfolgend aufgezeigt strukturiert.¹

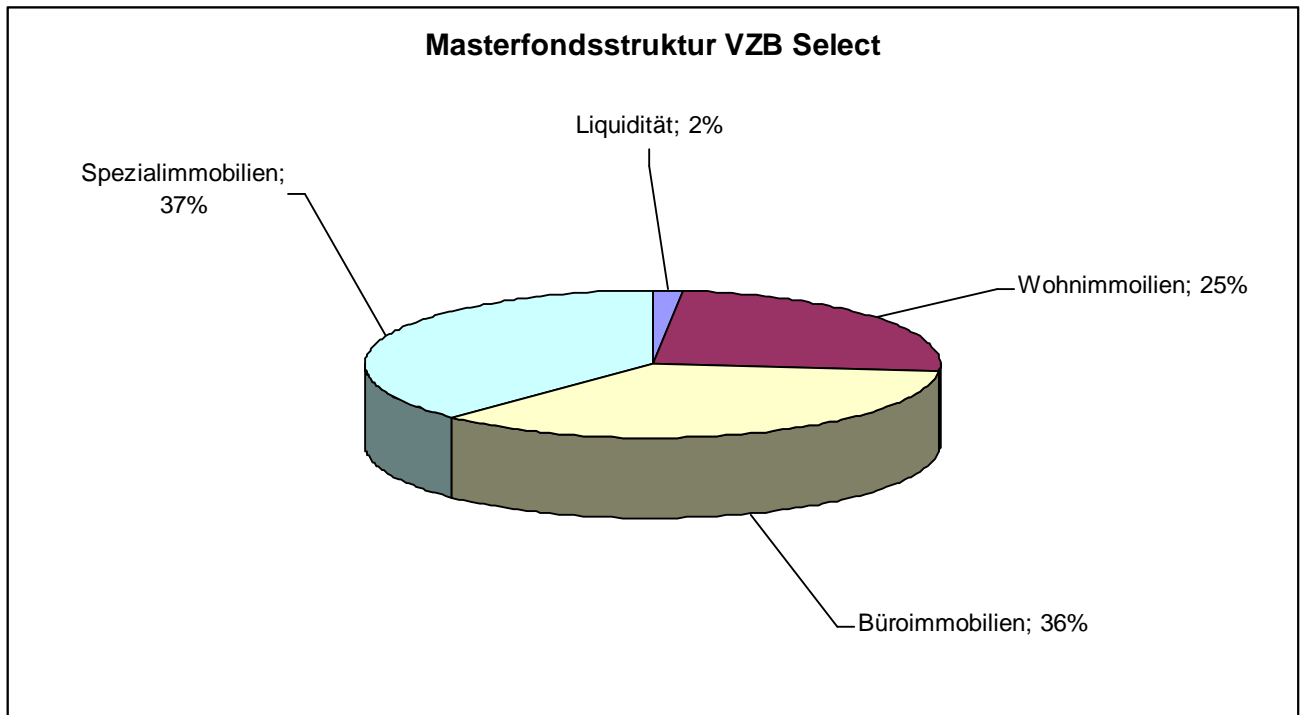
¹ Die Darstellung spiegelt die grundsätzliche Ausrichtung des Masterfonds am Jahresende 2010 wider. Das heißt, dass die den Fondsmanagern zur Abbildung einer bestimmten Assetklasse zur Verfügung gestellten und am Bilanzstichtag nicht investierten liquiden Mittel in den Subfonds in der Grafik nicht explizit als Kasse ausgewiesen wurden.

Hierbei ist anzumerken, dass sich die Quote der notierten Aktien auf Ebene des Masterfonds im gesamten Berichtsjahr auf dem nebenstehend aufgezeigten niedrigen Niveau bewegte.

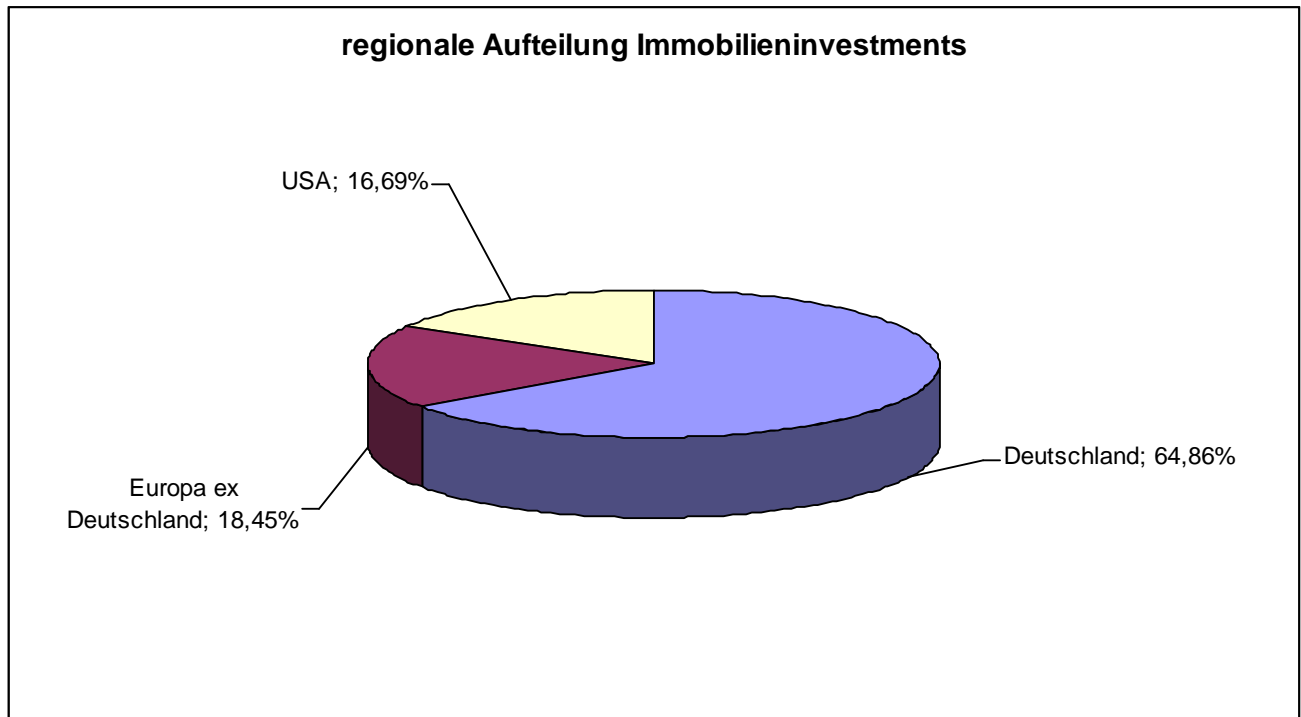


Das im Jahr 2008 im Masterfonds implementierte Overlay-Management trug weiterhin erfolgreich zur Risikominimierung bei, denn durch die professionelle Steuerung der in den Einzelinvestments vorhandenen Währungsrisiken des VZB konnten Verluste vermieden werden.

Der Immobilien-Masterfonds VZB Select, welcher von der Quantum Immobilien Kapitalanlage-gesellschaft mbH verwaltet wird, wies per 31.12.2010 folgende Struktur auf:



Die gesamten Investments des VZB in Immobilien teilen sich per 31.12.2010 regional wie folgt auf:



Für die Aufstellung der Bilanz per 31.12.2010 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB wie in den Vorjahren, mit Ausnahme von Staatsanleihen des Europeripherie- raumes bei den Wertpapieren, erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die betreffenden Kapitalanlagen nach dem strengen bzw. in den genannten Einzelfällen gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Das Vermögen war daher im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer

	2007	2008	2009	2010
Vermögensanlagen (TEUR)	851.688	876.004	939.411	977.199
Davon:				
Wertpapiere	11.814	12.370	12.953	13.743
Namenspapiere	114.289	189.006	212.722	184.328
Schuldscheindarlehen	311.776	384.010	358.231	350.172
Investmentanteile & Aktien	113.918	113.762	185.535	385.768
Immobilienbestand	126.909	115.239	121.042	2.022
Termingelder	166.823	40.310	26.941	15.307
Andere Kapitalanlagen	1.200	1.200	1.200	1.200
Beteiligungen	4.959	20.107	20.787	24.659
Vermögensertrag	38.511	38.986	48.988	53.883
Beiträge gesamt (TEUR)	42.571	46.833	49.862	50.476
Davon:				
Pflichtbeiträge	39.641	43.957	46.447	47.053
Freiwillige Beiträge	2.238	2.630	2.849	2.900
Überleitungen	336	246	566	523

Bruttoverzinsung von 5,32 % bzw. einer Effektivverzinsung von 4,18 % angelegt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass diese Mischung der Kapitalanlagen - unter anderem durch die Einbeziehung der „absolute return“ Fonds - auch in ertragsseitig aufgrund der hohen Volatilität schwierigen Jahren, wie dem Berichtsjahr, das Erreichen des Rechnungszinses ermöglicht.

9. Versicherungsmathematik und Satzung

Für die Kalenderjahre 2008 bis 2010 wurde satzungsgemäß wieder ein zusammenhängendes versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Die im Berichtsjahr von der Vertreterversammlung beschlossene Satzungsänderung – im Wesentlichen zur Anpassung der Versorgungsausgleichsregelungen an die geänderte Rechtssituation durch Einführung des Versorgungsausgleichsgesetzes – ist zum 01.01.2011 mit Veröffentlichung im Berliner Amtsblatt in Kraft getreten.

Das Dreijahresergebnis der Kapitalanlage und der versicherungsmathematischen Rechnung führt zum Beibehalten der vollständigen Kapitaldeckung unter Anwendung des modifizierten Anwartschaftsdeckungsverfahrens. Deckungslücken sind nicht entstanden, die Gesamtertragssituation ermöglicht es dem Aufsichts- und dem Verwaltungsausschuss der Vertreterversammlung die Dynamisierung der Anwartschaften aus seit 2008 gezahlten Beiträgen und der aus diesen Beiträgen gezahlten Renten um 1 % für jedes Jahr, insgesamt also faktisch 3 % vorzuschlagen durch Anhebung der Rentenbemessungsgrundlage von 1.500,00 € auf 1.544,11 €, so dass für die vorgenannten Anwartschaften die Zielverzinsung von 4 % p.a. dargestellt werden konnte.

10. Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement

Durch die Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk ist ein stetiger Zugang an Mitgliedern zu erwarten. Versicherungstechnische Risiken bestehen insbesondere in der Änderung der biometrischen Rechnungsgrundlagen (Längerlebigkeit, Invalidisierung und Tod) sowie beim Rechnungszins.

Die biometrischen Rechnungsgrundlagen werden turnusmäßig durch Risikountersuchungen im Rahmen des versicherungstechnischen Gutachtens überprüft.

In Folge der beobachtbaren Verlängerung der Lebenserwartung, insbesondere auch für Angehörige der freien Berufe wurden die Rechnungsgrundlagen zum 31.12.2007 auf die berufsständischen Richttafeln 2006 der ABV/ Heubeck (bRT 2006) überführt. Darüber hinaus wird im Rahmen der versicherungsmathematischen Berechnungen zum Verpflichtungsumfang aus Vorsichtsgründen der kalkulatorische zukünftige Neuzugang mit negativer Deckungsrückstellung nicht einbezogen.

Das Vermögen des Versorgungswerkes ist nach § 32 Abs. 2 der Satzung sowie § 3 der VersWerkVo Berlin, soweit es nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben bereitzuhalten ist, gemäß § 54 des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen anzulegen.

Den Risiken, wie Zinsänderungsrisiko, Bonitätsrisiko und Marktrisiko wird durch die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften und der breiten Mischung und Streuung der Kapitalanlagen begegnet.

Zur Sicherstellung und weiteren Verbesserung des Risikomanagements besteht ein externes Risikocontrollingberichtsweisen durch die Deutsche Apotheker- und Ärztekammer, das die eigenen turnusmäßigen Berichterstattungen flankiert.

In operativer Hinsicht soll eine stringente Einhaltung des Vieraugenprinzips bei wertauslösenden Geschäftsvorfällen das Vermögen des Versorgungswerkes schützen.

11. Ausblick

„Eine Krise löst die nächste ab“; oder sollte es richtiger heißen „Eine Krise löst dieselbe ab“???

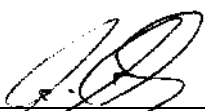
Gäbe es nicht so viele ebenfalls nominierte Worte, könnte das Wort „Krise“ zum Unwort des Jahres bestimmt werden, Wiederwahl nicht ausgeschlossen sondern eher wahrscheinlich. Haben wir überhaupt eine Krise? Eigentlich doch nicht, näher beleuchtet handelt es sich um eine einfache vorhersehbare Korrektur, nur der Zeitpunkt ist eben unbestimmt.

Nehmen Sie mal eine ganz normale private Situation: Investitionen auf Kredit funktionieren so lange, wie ich den Schuldendienst leisten kann, die Einnahmen also reichen. Volkswirtschaftlich ist das das normale Wirtschaftswachstum in sich entwickelnden Volkswirtschaften. Wenn das nicht mehr der Fall ist, dann kann eine kurzfristige Kreditaufnahme einen gewissen Zeitraum überbrücken, auch wenn am Ende mehr Kredite da sind als vorher. Die Einkommenssituation muss dann aber besser sein als vorher, ansonsten kann das Einkommen in keinem Fall mehr zur Bestreitung der Ausgaben reichen, schließlich hat es schon vor der weiteren Kreditaufnahme nicht mehr gereicht. Spätestens jetzt also sollte versucht werden vorhandenes Vermögen zu veräußern um die Schuldenlast zu tilgen, in keinem Fall aber ist es sinnvoll, zu Wucherzinsen erneut Liquidität zu besorgen. Auch die Einbeziehung der Familie hat nur Sinn, wenn grundsätzlich eine Umstrukturierung des Einnahmen-Ausgaben-Verhältnisses vorgenommen wird. Die USA haben noch China als Mittelgeber für Staatsschulden, Griechenland hat die Gesamt-EU, in diesem Vergleich sozusagen als Familie. Aus dem privaten Bereich wissen wir, dass aus dieser Spirale der Wucherzinsen nur wieder rauskommt, wer unter Einbeziehung aller Beteiligten einen Forderungscut macht oder, wenn das nicht möglich ist, Insolvenz anmeldet. Beides auch Möglichkeiten, die weltwirtschaftlich möglich sind aber eben das nach sich ziehen, was im privaten kleinen Bereich einfacher wieder aufzubauen ist: Vertrauen!!! Während wir dieses Schlusswort schreiben hat sich die Marge des Zinssatzes für Übernachtskredite zwischen den Banken verdreifacht, trotzdem parken Banken ihre Gelder zu einem minimalen Zinssatz bei der EZB statt sie anderen Banken zu leihen. Wir stehen quasi vor Lehman 2.0. Aber die Situation ist anders als 2008: Zinsen sind auf Niedrigstniveau, Rettungsschirme schon vorhanden, auch wenn niemand ernsthaft behaupten wird, dass diese für große Störfälle geeignet sind; viele Staaten haben den Bürgern Sparprogramme auferlegt und Steuererhöhungen beschlossen. Eine Rezession ist in Europa und den USA nicht auszuschließen. Einzig die Entwicklungsländer und die asiatischen Volkswirtschaften haben Wachstumspotential, sofern in den afrikanischen und arabischen Regionen Frieden einkehrt.

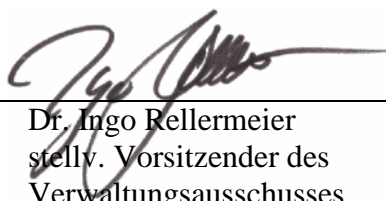
Mit diesem Ausblick wollen wir keine Trübsal blasen, ganz im Gegenteil, es gilt weiter vorsichtig zu agieren, in der Kapitalanlage zu diversifizieren oder auf Deutsch nicht alle Eier in einen Korb zu legen. Versicherungsmathematisch ist die nachhaltige vollständige Kapitaldeckung oberstes Ziel, auch wenn die Dynamisierung der Anwartschaften und Renten über das Vorgenannte hinaus von jedem angestrebt wird. Aber Bestands- und Anwartschaftssicherung ist derzeit oberste Priorität, ein Abrutschen des Systems in hohe unsichere Umlageelemente ist zu verhindern.

Es gibt weiterhin viel zu tun, packen wir es weiter gemeinsam an.

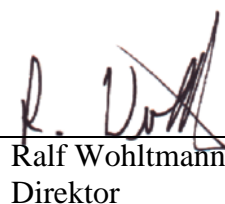
Berlin, 13.09.2011



Albert Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses



Dr. Ingo Rellermeier
stelly. Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses



Ralf Wohltmann
Direktor

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin**

Bilanz zum 31. Dezember 2010

AKTIVA

	31.12.2010			31.12.2009		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
- entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			153.855,00			271.884,00
B. Kapitalanlagen						
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		2.022.178,49		121.041.898,66		
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
- Beteiligungen		24.659.255,95		20.787.503,93		
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		385.768.232,65		185.534.743,33		
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		13.742.500,00		12.952.764,12		
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	184.328.488,93			212.722.060,75		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>350.171.714,12</u>	534.500.203,05		<u>358.230.931,06</u>	570.952.991,81	
4. Einlagen bei Kreditinstituten		15.306.689,30		26.940.943,99		
5. Andere Kapitalanlagen		<u>1.200.000,00</u>		<u>1.200.000,00</u>		
		<u>950.517.625,00</u>	977.199.059,44	<u>797.581.443,25</u>	939.410.845,84	
C. Forderungen						
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:						
- Versicherungsnehmer		3.948.100,79		4.298.813,39		
II. Sonstige Forderungen		<u>28.180.792,61</u>	32.128.893,40	<u>4.336.051,03</u>	8.634.864,42	
D. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte		165.750,00		200.804,00		
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten		10.204.633,62		5.382.369,60		
III. Andere Vermögensgegenstände		<u>1.616.720,67</u>	11.987.104,29	<u>1.480.877,17</u>	7.064.050,71	
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgrenzte Zinsen und Mieten		13.757.151,84		14.009.595,91		
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>2.159,56</u>	<u>13.759.311,40</u>	<u>50.948,60</u>	<u>14.060.544,51</u>	
			<u>1.035.228.223,53</u>		<u>969.442.189,54</u>	

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin**

Bilanz zum 31. Dezember 2010

PASSIVA

	31.12.2010		31.12.2009	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
- Gewinnrücklagen: Verlustrücklage entsprechend § 37 VAG (Sicherheitsrücklage)		24.591.048,00		22.591.048,00
B. Gesamt-Ausgleichsposten				
- Ausgleichsposten (Überschussrückstellung)		0,00		98.171.311,34
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung				
1.a Bruttobetrag laut versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12.2010 / 31.12.2007	984.284.564,86		825.465.004,00	
1.b zuzüglich Zuführung aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	0,00		16.542.248,86	
	984.284.564,86		842.007.252,86	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.972.814,19		1.995.489,74	
III. Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	23.000.000,00	1.009.257.379,05	0,00	844.002.742,60
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	214.922,00		197.432,74	
II. Sonstige Rückstellungen	513.676,91	728.598,91	402.452,35	599.885,09
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungs- geschäft gegenüber:				
- Versicherungsnehmern	27.130,55		63.532,37	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		0,00	
III. Sonstige Verbindlichkeiten	624.067,02	651.197,57	4.013.670,14	4.077.202,51
- davon aus Steuern: EUR 111.276,53 (Vorjahr: EUR 489.037,51)				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 1.677,64)				
		1.035.228.223,53		969.442.189,54

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

1. Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Das Versorgungswerk legt gemäß § 5 VersWerkVO Berlin vom 17. Januar 2008 nach den Grundsätzen für kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit Rechnung. Als lex specialis zu den allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen (§ 341 ff. HGB) werden die Vorschriften über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) angewandt.

Aufgrund satzungsmäßiger Erfordernisse wurden in Abweichung zu den Formblättern 1 und 3 der RechVersV entsprechend § 265 Abs. 1, 5 HGB Posten hinzugefügt resp. umbenannt. Dies betrifft den Gesamt-Ausgleichsposten, dem der Jahresüberschuss in den Geschäftsjahren zugewiesen wird, in denen turnusgemäß keine versicherungsmathematische Berechnung der Deckungsrückstellung vorgenommen wird.

Darüber hinaus wurden die Postenbezeichnungen des Formblattes 1 und 3 RechVersV (Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung, Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung) an die satzungsmäßigen Gegebenheiten angepasst.

Der Jahresabschluss wurde erstmals nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt. Die bisherige Form der Darstellung und die bisher angewandten Bewertungsmethoden wurden insoweit angepasst. Eine Durchbrechung der Stetigkeit liegt insoweit nicht vor (Art. 67 VIII S.1 EGHGB). Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend Art. 67 VIII S.2 EGHGB nicht angepasst.

Auf die Anwendung des Wertaufholungsgebotes gem. § 253 Abs. 5 HGB wurde in analoger Anwendung entsprechender Befreiungsvorschriften anderer Bundesländer verzichtet.

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 und 4 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien, Beteiligungen, Investmentfondsanteile, Wertpapiere und Genossenschaftsanteile sowie Einlagen bei Kreditinstituten.

Die Abschreibungen für die Gebäude wurden linear entsprechend der planmäßigen Restnutzungsdauern von 20 bis 50 Jahren vorgenommen. Für die Außenanlagen wird eine Nutzungsdauer zwischen 15 und 25 Jahren zugrunde gelegt.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die indirekte Immobilieninvestments betreffenden Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip nach § 341 b Abs. 1 HGB bewertet.

Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten und anderen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 HGB bzw. gemäß dem strengen Niederstwertprinzip mit dem niedrigeren Kurswert zum Bilanzstichtag bewertet.

Im Berichtsjahr wurden auf Beteiligungen sowie Investmentanteile Abschreibungen auf den niedrigeren Wert wegen gesunkener Zeitwerte vorgenommen.

Von der Möglichkeit der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips bei Investmentanteilen und Wertpapieren nach § 341 b Abs. 2 HGB wurde mit Ausnahme der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips bei zwei Staatsanleihen des Europeripherieraumes kein Gebrauch gemacht.

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341 c HGB grundsätzlich in Höhe des Nennwertes bilanziert.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und Namensschuldverschreibungen, deren Zinszahlung am Ende der Laufzeit erfolgt (so genannte Zero-Papiere), wurden abweichend mit den Anschaffungswerten zzgl. aufgelaufener Zinsen bilanziert.

Gleiches gilt für in Vorjahren über dem Barwert angesetzte Schuldscheinforderungen und Darlehen, bei denen aufgrund eines Null-Kupon-Ereignisses bis zum Laufzeitende keine Zinszahlung mehr zu erwarten ist.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder und anderen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Auf Grund der nach dem Soll-Prinzip berechneten Deckungsrückstellung wurden Wertberichtigungen nicht gebildet.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge werden seit 2008 alle pro rata temporis geschrieben. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 bis 16 Jahren.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Der gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung zu bildenden Verlustrücklage wurden entsprechend der Satzung 8 % des Rohüberschusses zugeführt (Mindestzuführung: 5 %). Sie valutiert zum Bilanzstichtag mit 2,5 % der Deckungsrückstellung.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2010 des Aktuars (DAV) und Sachverständigen (IVS) Dr. Andreas Jurk, Longial GmbH, Düsseldorf, ausgewiesen.

Als Rechnungsgrundlagen für die Ermittlung der Deckungsrückstellung dienen die „Berufständischen Richttafeln nach Klaus Heubeck / ABV“ (BRT 2006 G).

Als Finanzierungsverfahren wird ein modifiziertes Anwartschaftsdeckungsverfahren angewandt. Hierbei kann grundsätzlich ein künftiger Neuzugang in der kollektiven Äquivalenz berücksichtigt werden. In der Deckungsrückstellung wird derzeit kein künftiger Neuzugang angesetzt. Der Verwaltungskostensatz wird rechnungsmäßig mit 2,5 % der Beitragseinnahmen und 2,0 % der laufenden Renten und Rentenanwartschaften berücksichtigt.

Für die Berechnung der Deckungsrückstellung wird ein Rechnungszins von 4 % p.a. für Anwartschaften und laufende Renten, die auf Beitragszahlungen vor dem 1. Januar 2008 beruhen, zugrunde gelegt. Für Ansprüche, die durch Zahlungen nach dem 31. Dezember 2007 erworben wurden, gilt ein Rechnungszins von 3 % p.a.

Die Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung nimmt den nach Dotierung der Sicherheitsrücklage verbleibenden Überschuss auf und dient der Verbesserung von Leistungen und Anwartschaften.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten den Anspruch auf Altersvorsorge eines ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens in Anwendung des BilMoG erstmals nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren mit einem Rententrend von 1,5%. Als Rechnungsgrundlage dienten die im Juli 2005 herausgegebenen Richttafeln 2005 G der Heubeck Richttafeln GmbH, Köln, unter Anwendung eines von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen Abzinsungssatzes von 5,15% für eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren. Aus der Umstellung auf das BilMoG resultiert ein Unterschiedsbetrag nach Art. 67 I EGHGB in Höhe von

TEUR 79, der mit TEUR 5 rätierlich bis zum 31. Dezember 2024 zugeführt wird. Die Unterdeckung der Pensionsrückstellung zum Bilanzstichtag beträgt TEUR 73.

Die anderen Rückstellungen erfassen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten und sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach den Vorschriften der RechVersV gegliedert.

2. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Währungsposten

Die Beteiligungen an der Paramount Real Estate Fund III, Fund IV und Fund V GmbH & Co. KG in USD wurden zum jeweiligen Anschaffungszeitpunkt der Anteile mittels des Briefkurses in EUR umgerechnet. Die Dollar-Fremdwährungskonten sind zum Bilanzstichtag zum aktuellen Mittelkurs in EUR bewertet.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Grundstücke und Bauten

Nach der nahezu vollständigen Veräußerung des Immobiliendirektbestandes im Geschäftsjahr 2010 befindet sich zum Bilanzstichtag lediglich noch ein Objekt im Eigentum des Versorgungswerks. Aus den Verkäufen/den Überführungen in einen Immobilienspezialfonds ergaben sich Abgangsgewinne in Höhe von TEUR 1.237 und Abgangsverluste in Höhe von TEUR 3.993.

b) Beteiligungen

Es handelt sich neben einer im Geschäftsjahr gezeichneten Beteiligung an einer inländischen Immobilienobjektgesellschaft um Beteiligungen an Immobiliengesellschaften mit Investitionsschwerpunkt in US-Immobilien-Gesellschaften. Die Dotierungszusagen (insgesamt USD 55 Mio.) erfolgten in Dollar. Zum Bilanzstichtag war ein Betrag von USD 47,5 Mio. von der Investmentgesellschaft abgerufen.

Aufgrund von Wertverlusten der Immobilien in den USA wurden Abschreibungen auf den als dauerhaft erreichbar eingeschätzten beizulegenden Wert in Höhe von TEUR 3.707 (2009: TEUR 4.592) vorgenommen.

c) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften der RechVersV. Die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten sowie anderen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 4 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Investmentanteile wegen gesunkener Kurswerte in Höhe von TEUR 423 vorgenommen.

Der Ausweis der Aktien, Investmentanteile und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere betrifft mit TEUR 242.292 einen Wertpapierspezialfonds sowie mit TEUR 138.703 einen geschlossenen Immobilienfonds, deren alleiniger Anteilsinhaber das Versorgungswerk ist.

Der Wertpapierspezialfonds bündelt Teilsegmente mit diversen Anlageschwerpunkten und –stilen. Schwerpunkt des Portfolios waren zum Bilanzstichtag festverzinsliche Wertpapiere. Darüber hinaus befinden sich nach regionaler Segmentierung Aktienanlagen in den

Subfonds. Der Zeitwert des Spezialfonds belief sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 243.257. Mithin bestanden stille Reserven in Höhe von TEUR 965.

Im Geschäftsjahr wurden Ausschüttungen in Höhe von TEUR 15.500 vereinnahmt. Beschränkungen in der Möglichkeit zur täglichen Rückgabe bestehen nicht.

Der im Geschäftsjahr deutlich aufgestockte Immobilienfonds ist schwerpunktmäßig in inländischen Wohn- und Geschäftsobjekten investiert, die überwiegend in Berlin und Bremen belegen sind. Darüber hinaus werden in nennenswertem Umfang Anteile an Investmentsondervermögen gehalten, die auch in europäischen Immobilienmärkten investiert sind. Der Zeitwert dieses Spezialfonds entsprach zum Stichtag dem Buchwert. Ausschüttungen wurden in Höhe von TEUR 2.155 vereinnahmt. Die Möglichkeit einer kurzfristigen Rückgabe der gesamten gehaltenen Anteilscheine ist naturgemäß, wegen der damit verbundenen Erforderlichkeit kurzfristiger Objektverkäufe, eingeschränkt.

In den Fondsanlagen, Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind insgesamt stille Reserven von TEUR 31.572 (Vj. TEUR 24.058) und stille Lasten von TEUR 13.693 (Vj. TEUR 24.989) enthalten.

Bei den unter den Inhaberschuldverschreibungen ausgewiesenen Staatsanleihen erfolgten Abschreibungen auf den als nachhaltig eingeschätzten erzielbaren Wert in Höhe von TEUR 1.210.

Wir gehen davon aus, dass die verbleibenden stillen Lasten in Höhe von TEUR 1.811 auf Grund des Euro-Rettungsschirms nur temporärer Natur sind.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i. V. m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen (AnIV) hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

Die erforderliche Berichterstattung an die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen ist erfolgt.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Wertberichtigungen auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer wurden auf Grund der Deckungsrückstellungsberechnung nach dem Soll-Prinzip nicht gebildet.

Die Sonstigen Forderungen von TEUR 28.181 (Vj. TEUR 4.336) betreffen mit TEUR 27.524 (Vj. TEUR 0) Kaufpreisforderungen aus Immobilienverkäufen sowie mit TEUR 342 (Vj. 3.574) Miet- und Nebenkostenforderungen nach Wertberichtigungen.

Die gebildete Wertberichtigung auf Miet- und Nebenkostenforderungen wegen des enthaltenen Ausfallrisikos beträgt TEUR 500 (Vj. TEUR 534).

3. Verlustrücklage

Gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung wurden der Verlustrücklage im Geschäftsjahr 2010 % des sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergebenden Rohüberschusses zugeführt. Die Verlustrücklage soll 5 % der Deckungsrückstellung betragen. Zum 31. Dezember 2010 beträgt die Verlustrücklage rd. 2,5 % der Deckungsrückstellung (ohne Zinsschwankungsreserve).

4. Gesamt-Ausgleichsposten

Der in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 aus dem Jahresergebnis zu bildende Gesamt-Ausgleichsposten wurde auf Basis des versicherungsmathematischen Gutachtens zur entsprechenden Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Sicherheitsrücklage verwendet.

5. Deckungsrückstellung

Gemäß dem versicherungsmathematischen Gutachten ergibt sich für die Deckungsrückstellung folgender Überschuss des Barwerts der Leistungen über dem Barwert der Beiträge.

	<u>31.12.2010</u> TEUR	<u>31.12.2009</u> TEUR
Barwert der Leistungen	1.622.468	1.486.739
Barwert der Beiträge	<u>-645.332</u>	<u>-674.049</u>
	977.136	812.690
Zinsschwankungsreserve	<u>7.148</u>	<u>12.775</u>
	984.284	825.465
Zuführung aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	<u>0,00</u>	<u>16.542</u>
	<u>984.284</u>	<u>842.007</u>

Der Zuführungsbedarf zur Deckungsrückstellung ergibt sich somit mit TEUR 142.277.

6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, den Jahresabschluss, Altersteilzeit, Übergangentschädigungen sowie für mögliche Prozessrisiken und sonstige Risiken enthalten.

7. Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitsspiegel zum 31. Dezember 2010

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten von			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1-5 Jahren EUR	über 5 Jahre EUR	
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	27.130,55	27.130,55	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	63.532,37	63.532,37	0,00	0,00	0,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Sonstige Verbindlichkeiten	624.067,02	624.067,02	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	4.013.670,14	4.013.670,14	0,00	0,00	0,00
	651.197,57	651.197,57	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	4.077.202,51	4.077.202,51	0,00	0,00	0,00

8. Verdiente / gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2010 waren ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen sowie eventueller Beitragsrückzahlungen zu erfassen. Des Weiteren werden Beiträge aus Überleitungen in Höhe von TEUR 523 (Vj. TEUR 567) ausgewiesen.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 55,88 : 44,12 (Vj. 55,32 : 44,68) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der mit der Vermögensverwaltung betrauten Personen im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

III. Sonstige Pflichtangaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für Multitranchen - Schuldscheindarlehen sowie Namenspfandbriefe und betragen insgesamt EUR 43 Mio. (Vj. EUR 43 Mio.).

Die Beteiligung an der Paramount Real Estate Fund IV GmbH & Co., KG beinhaltet Einzahlungsverpflichtungen von USD 7,5 Mio.

Aus dem Kaufvertrag der VCM Golding Mezzanine SICAV II bestehen zum Bilanzstichtag weitere Einzahlungsverpflichtungen von insgesamt EUR 3,7 Mio.

Im Rahmen des weiteren Ausbaus des indirekten Immobilienbestandes bestehen Dotierungszusagen für den Immobilienspezialfonds in Höhe von insgesamt EUR 41 Mio.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB, die für die Beurteilung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

2. Gesamthonorar der Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 a)-d) HGB beläuft sich auf TEUR 75 und betrifft mit TEUR 43 Leistungen der Abschlussprüfung sowie mit TEUR 32 sonstige Leistungen.

3. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 20 (Vj. 20) Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

4. Angabe zu den Unternehmensorganen

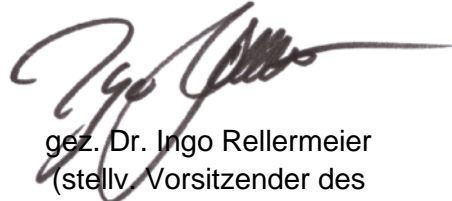
Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder sowie Reisekostenerstattungen in Höhe von TEUR 269 (Vj. TEUR 269) und die Mitglieder des Aufsichtsausschusses Vergütungen in Höhe von TEUR 48 (Vj. TEUR 45) erhalten. Darüber hinaus wurden der Rückstellung für Übergangsentschädigungen für den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses sowie dessen Stellvertreter TEUR 66 (Vj. TEUR 0) zugeführt.

Berlin, den 13. September 2011

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin



gez. Albert Essink
(Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses)



gez. Dr. Ingo Rellermeier
(stellv. Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses)

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	2010		2009	
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
- Gebuchte Bruttobeiträge		50.476.320,63		49.862.054,26
2. Beiträge aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung		0,00		0,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	649.682,19		0,00	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.020.725,63		7.678.627,98	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	44.333.478,62		40.952.734,20	
c) Erträge aus Zuschreibungen	0,00		0,00	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>2.878.743,08</u>	53.882.629,52	<u>356.272,27</u>	48.987.634,45
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		<u>137.041,63</u>		<u>77.355,69</u>
		104.495.991,78		98.927.044,40
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	-20.224.863,55		-18.910.832,07	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>22.675,55</u>	-20.202.188,00	<u>4.510,26</u>	-18.906.321,81
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	-142.277.312,00		0,00	
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	<u>0,00</u>	-142.277.312,00	<u>0,00</u>	0,00
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		-23.000.000,00		0,00
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		-1.421.529,68		-1.303.175,80
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen	-2.217.831,88		-2.796.736,15	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-7.589.548,51		-7.317.791,47	
- davon außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB: EUR 5.339.602,27 (Vorjahr: EUR 4.655.844,52)				
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>-3.994.834,93</u>	<u>-13.802.215,32</u>	<u>-235.821,00</u>	<u>-10.350.348,62</u>
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (Übertrag)		-96.207.253,22		68.367.198,17

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	2010		2009	
	EUR	EUR	EUR	EUR
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (Übertrag)		-96.207.253,22		68.367.198,17
II. <u>Nichtversicherungstechnische Rechnung</u>				
1. Sonstige Erträge		43.931,19		93.027,35
2. Sonstige Aufwendungen		-7.989,31		-8.176,80
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-96.171.311,34		68.452.048,72
4. Sonstige Steuern		0,00		4,00
5. Ausgleichsposten aus dem Vorjahr		98.171.311,34		0,00
6. Jahresüberschuss		2.000.000,00		68.452.052,72
7. Einstellungen in den Gesamt-Ausgleichsposten		0,00		-68.452.052,72
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen - in die Verlustrücklage entsprechend § 37 VAG		-2.000.000,00		0,00
9. Bilanzgewinn		0,00		0,00